

DER WOCHENRÜCKBLICK

Herausgegeben von der

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V.
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-52/-51, Fax: -40

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

Sehr geehrte Damen und Herren,
anbei finden Sie einen Beitrag von Tomas Kittan. Eine interessante
und informative Lektüre wünscht Ihnen

Elena Schultz

INFORMATIONEN AUS INSTITUTIONEN UND POLITIK

SED-Parteiarchive werden Eigentum des Landes Thüringen

mdr.de

Neuausrichtung der Gedenkstätten geplant

Mehr Geld für Stiftung

dnn.de

Der Stasivergangenheit begegnen

Ein Tag der offenen Tür und ein Abend der Begegnung findet
im Stasi Untersuchungsgefängnis der Bautzener Straße statt.

dnn.de

Hubertus Knabe verlässt Stasi-Gedenkstätte

Ein Fürsprecher der emotionalen Überwältigung

deutschlandfunk.de

Interview Marianne Birthler

"Viele Mitarbeiter fürchten um das Ansehen der Gedenkstätte"
rbb24.de

Interview Dieter Dombrowski
„Der Streit hilft keinem einzigen SED-Opfer“
maz-online.de
berliner-kurier.de

Entlassener Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen
tagesspiegel.de
Die Enthauptung der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen
achgut.com
Der Umgang mit Knabe ist Stalinismus pur
welt.de

Debatte über Erinnerungskultur in der DDR
Antifaschismus als politischer Mythos
pnn.de

Bürgerkomitee Leipzig e.V. erinnert an die
Besetzung der Leipziger Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit und seine Gründung
Filmvorführung und Podiumsgespräch am
4. Dezember 2018
leipziginfo.de

Karl Marx-Statue in Neubrandenburg
1995 wurde sie abgebaut, jetzt wird sie wieder
aufgestellt: Die Karl-Marx-Statue im mecklenburgischen
Neubrandenburg. Doch 29 Jahre nach der Wende tont
sich die Stadtoberen schwer mit dem richtigen Umgang des DDR-Erbes.
deutschlandfunk.de

AUS DEN VERBÄNDEN

UOKG

Mitteilung, 27. November 2018

UOKG fordert Beauftragten für Opfer von SED und SBZ

Im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung der UOKG am 24. November 2018 haben sich die Mitgliedsverbände für einen Beauftragten für die Opfer von SED und SBZ ausgesprochen. Die Mitglieder der UOKG verlangen für die Zukunft einen unabhängigen Beauftragten auf Bundesebene, der als Ombudsmann der Opfer der SED und SBZ deren Interessen aktiv in der Politik vertritt.

Der Bundesvorsitzende der UOKG Dieter Dombrowski:

„Die Anstrengungen zur Aufarbeitung der Folgen von SED und SBZ sind durchaus zu

würdigen. Allerdings zeigt die Erfahrung der letzten 28 Jahre auch, dass das deutsche Recht viele berechnigte Anliegen, Forderungen und Ansprüche der Opfer von SED und SBZ nicht berücksichtigt. Auch vor dem Hintergrund, dass die Wiedergutmachungsgesetze ausschließlich Bundesangelegenheiten sind, ist es aus unserer Sicht notwendig, dass es eine öffentliche Stelle auf Bundesebene gibt, in der die berechnigten Forderungen der Opfer zusammengeführt und in die politischen Entscheidungswege gebracht werden. Im nächsten Jahr feiern wir 30 Jahre Mauerfall und im Jahr darauf 30 Jahre Deutsche Einheit. Ein Opferbeauftragter wäre da ein starkes Signal in Richtung der Betroffenen.“

Eine Veranstaltung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (**UOKG**) e.V. in Kooperation mit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (**BStU**)

Vortrag und Podiumsdiskussion

Berlin, Mi. 5. Dezember 2018, 18.00

Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit - Auswirkungen und verwehrte Entschädigung heute

Grußwort

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Begrüßung

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

Impulsreferat "Zersetzen. Strategie einer Diktatur"

Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin, Autorin

Im Anschluss Podiumsdiskussion mit:

Stefanie Knorr, Dipl.-Psychologin, Beratungsstelle "Gegenwind" für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur

(gesundheitliche Auswirkungen von Zersetzungsmaßnahmen)

Petra Morawe, LAKD Brandenburg, Referentin für Rehabilitierung und Entschädigung, Bürgerberatung

(Probleme bei der Rehabilitierung und Entschädigung von Zersetzungsmaßnahmen sowie mögliche Lösungswege)

Dr. Martin Morgner, Historiker, Schriftsteller

(in der DDR selbst von Zersetzungsmaßnahmen betroffen, Autor der Bücher "Zersetzte Zeit 1973-84" und "Deckname 'Maske'. Die Künstlergemeinschaft Mecklenburg 1980/81")

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

(als politischer Häftling freigekauft, dann in Westberlin von Zersetzungsmaßnahmen des MfS betroffen)

Moderation: *Isabel Fannrich-Lautenschläger*, freie Journalistin

Mit der "Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge" gab das MfS ein Instrumentarium verschiedenster Zersetzungsmaßnahmen vor, die sich tief und zerstörerisch im privaten und beruflichen Leben der Betroffenen auswirkten. Die Richtlinie kam zur Anwendung z.B. gegen oppositionelle Gruppen und Einzelpersonen, unangepasste Künstlerkreise oder die alternative Umwelt- und Friedensbewegung. Die Folgen von Zersetzungsmaßnahmen setzen sich bis in die

Gegenwart fort, Betroffene leiden unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen und nicht zu kompensierenden materiellen Defiziten. Die derzeit theoretisch zur Verfügung stehende Möglichkeit einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung ist quasi nur symbolisch, da aus ihr zunächst keine Entschädigungsleistungen resultieren und eine Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden häufig verwehrt wird.

Am 19.10.2018 verabschiedete der Bundesrat eine "Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze" (Bundesrat, Drucksache 316/18 Beschluss). Mit dieser Entschließung wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, nach Wegen zu suchen, Opfern von Zersetzungsmaßnahmen den Zugang zu Entschädigungsleistungen zu ermöglichen. Die UOKG-Veranstaltung soll das Anliegen dieser Bundesratsinitiative unterstützen und eine breitere Öffentlichkeit dafür schaffen.

Dort ist auch die Ausstellung "Einblick ins Geheime: Die Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv" untergebracht und kann vor Veranstaltungsbeginn besichtigt werden.

Sonderführung 16.45 Uhr -17.45 Uhr, Ausstellungsrundgang und Blick ins Archiv
Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Ort: "Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie"

Haus 7, Raum 427

Ruschestra. 103

10365 Berlin

REHABILITIERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG

Fonds entschädigt tausende DDR-Heimkinder

Sie waren zum Teil noch Kinder - und in DDR-Heimen wie in Spremberg oder Bad Freienwalde zur Arbeit gezwungen. Vor sechs Jahren wurde ein Fonds eingerichtet, um die früheren Heimkinder zu entschädigen.

rbb24.de

Zwangsdoping in der DDR

Wenn ein Staat das Leben seiner Sportler auf Spiel setzt

deutschlandfunkkultur.de

Ehemaliger Innenminister de Maiziere

Vorsitzender der DOSB-Ethikkommission

freipresse.de

ZEITGESCHICHTLICHE THEMEN

Die Volkspolizei in den Wendemonaten 1989

"Schlagstockeinsatz und Sicherheitspartnerschaft"

mdr.de

Der Ford Taunus des Rückkehrers

Nach dem Rätselraten um das Westauto auf dem Kalender-Foto erzählt Karlheinz Holzmüller seine Geschichte - es ist eine, die zu Herzen geht.

freipresse.de

Als Doppelagent im Zuchthaus der DDR

schwaebische.de

Wie sich der RAF-Terror nach Dresden schlich

dnn.de

Auf Spurensuche durch Rummelsburg im Osten Berlins

deutschlandfunkkultur.de

Wie die DDR-Staatsmacht die Giftmüll-Deponie durchdrückte

Das Politbüro beschloss den Bau, die unteren Ebenen mussten umsetzen. Ein Strippenzieher war Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski.

ostsee-zeitung.de

Jugendkulturen in der DDR

Wie die Stasi "Gruftie's", "Penner" und "New Romantik's" erkennen wollte

stern.de

Buch

Klaus Auerswald

Sonst kommst du nach Schwedt!

Sax Verlag, Beucha und Markkleeberg 2018, 14,80 Euro.

Dieses Buch ist seit 2010 schon zweimal in verschiedenen Verlagen aufgelegt worden – und jedes Mal war es vergriffen. Nun hat es der Sax Verlag ins Programm aufgenommen. Und es liest sich so beklemmend wie 2010. Und der Ortsname hat sich eh bei vielen Männern im Osten tief eingebrannt. Schwedt war eine Drohung für alle, die in der NVA zum Gehorsam gedrillt wurden.

-iz.de

Buch

Eckhard John

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit. Die unerhörte Geschichte eines Revolutionsliedes (mit CD), Ch. Links Verlag, 208 Seiten, 15,00 Euro.

Es gibt wohl kein Lied, das stärker mit der deutschen Novemberrevolution von

1918 verbunden ist als „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Dabei wurde es erst zwei Jahre später geschrieben. Eckhard John ist seiner oft widersprüchlichen Geschichte nachgegangen – mit vielen überraschenden Erkenntnissen.

deutschlandfunk.de

Buch

Rainer Eckert

Eine Stadt zwischen Lethargie, Revolte und Freiheit (1989/1990)

Evangelische Verlagsanstalt Berlin, 2017, 456 Seiten, gebunden 25 Euro

Ein Buch des Historikers Rainer Eckert beleuchtet die letzten Jahre der DDR in Potsdam. Das Werk widmet sich auch den zahlreichen Oppositionsgruppen in Potsdam.

pnn.de

Buch

Christian Bommarius

1949 – Das lange deutsche Jahr

Droemer Verlag, München, 320 Seiten

19,99 Euro, ISBN: 978-3-426-27761-4.

Das bunte, fesselnde Panorama eines deutschen Schicksalsjahres hat Christian Bommarius aus Zeitzeugnissen zusammengestellt. Klug und witzig kommentierend, zeigt er in «1949 - Das lange deutsche Jahr» das dreiste und erfolgreiche Comeback der Nazi-Seilschaften.

nnn.de

DIVERSES

Hier muss ansetzen, wer Frauenfreiheit ernst meint

Der 8. März à la DDR war ein Tag, an dem die obwaltende Ungleichheit vergessen werden sollte. Jetzt soll er in Berlin zum arbeitsfreien Feiertag werden. Warum ein Gedenktag für Frauen eher am 7. Februar sinnvoll wäre.

faz.net

DDR-Plakate zu Arbeitsschutz gezeigt

Der Elstaler Tobias Bank ist historisch interessiert und zeigt in Priort seine Sammlung von Arbeitsschutzplakaten. Die bewegen sich zwischen Agitation und Aufklärung.

maz-online.de

Berlin, Mi. 12. Dezember 2018, 18.00

KÖNIGSBERG/KALININGRAD - Kirchen, Kapellen und Synagogen

Buchvorstellung mit dem Publizisten HEINZ NEY (Potsdam).

Moderation: Detlef W. Stein

Eine Veranstaltung des OSTEUROPAZENTRUM BERLIN.

Ort: LESSINGHAUS

Nikolaikirchplatz 7

10178 Berlin-Mitte

Eintritt: 5 €

NEUERSCHEINUNG IM OSTEUROPAZENTRUM BERLIN-VERLAG!

Detlef W. Stein/ Alfred Bischoff (Hg.)

Königsberg / Kaliningrad

Eine kommentierte Auswahlbibliographie von der Stadtgründung bis zur Gegenwart

Gebunden, 14,8 x 21,0 cm, 748 Seiten , 69,90 €

ISBN [978-3-942437-34-9](https://www.isbn-international.org/product/9783942437349)

Die vorliegende Auswahlbibliographie zur Stadtgeschichte Königsbergs i. Pr./ Kaliningrads mit deutsch- und englischsprachigem Schrifttum umfasst den Zeitraum von der Gründung der einstigen Deutschordensburg an der Pregel bis zur Gegenwart. Das Buch umfasst Bibliographien, Monographien, Zeitschriftenaufsätze, Beiträge aus Sammelbänden und in geringem Umfang historisch aufschlussreiche Artikel aus der Presse.

Themenschwerpunkte in der Auswahlbibliographie sind die Frühgeschichte und mittelalterliche Geschichte der Stadt Königsberg, wo der letzte Ordenshochmeister und erste Herzog Preußens, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, die lutherische Reformation annahm und 1544 die Albertus-Universität gründete, die Geschichte der Handelsbeziehungen Königsbergs seit der Hansezeit, die Stadtgeschichte Königsbergs zur Zeit der Umwandlung des Deutschordensstaates in ein weltliches Herzogtum, die Zeit von der Bildung der Personalunion Brandenburg-Preußen im Jahre 1618 bis zum Jahre 1701, als der brandenburgische Kurfürst als Friedrich I. die Königswürde erlangte. Weiterhin die Zeit der Reformation und der Aufklärung, stadttopographische Aspekte, die Geschichte des Schulbildungs- und Bibliothekswesens, literaturgeschichtliche Abhandlungen sowie der Sonderstatus, den das Kaliningrader Gebiet heute innerhalb der Russischen Föderation einnimmt. Nicht zu vernachlässigen ist hierbei auch die wirtschaftliche Entwicklung des Ostseeraumes, die Verkehrsinfrastruktur des Kaliningrader Gebietes auf die EU-Osterweiterung sowie die Frage, wo die Schwerpunkte der deutschen Auslandsinvestitionen in dieser Region liegen.

Die vorliegende Auswahlbibliographie soll nicht ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken dienen, sondern auch einer breiten interessierten Öffentlichkeit zugänglich sein.

VERANSTALTUNGSINFORMATIONEN

Mettmann, Di. 4. Dezember 2018, 19.30

Eine Zeitzeugin berichtet über Unrecht und Verfolgung in der DDR

Die Weigerung, der SED beizutreten, brachte Familie Labahn ins Visier der DDR-Staatssicherheit. Beim Bürgerstammtisch des Bürgervereins Metzkausen am Dienstag, 4. Dezember, berichtet Regina Labahn über Verfolgung, Verhaftung und Verzweiflung, weil nach der Ausweisung ihre drei Kinder in der DDR zurückbleiben mussten.

Wie allgegenwärtig Unrecht und Unterdrückung in der DDR waren, zeigt die Lebensgeschichte von Regina Labahn. Als Karl-Heinz Labahn es ablehnte, SED-Mitglied zu werden, begann für die junge fünfköpfige Familie ein Leidensweg. Ein Ausreiseantrag führte erst zur Verhaftung und schließlich zur Verurteilung wegen "Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit". Die Kinder kamen ins Heim, Regina Labahn musste 1984 ins gefürchtete Frauenzuchthaus Hoheneck. Unbeachtete von der Öffentlichkeit nahmen dort Erniedrigung und Schikane ein unmenschliches Maß an.

Beim 186. Bürgerstammtisch des Bürgervereins Metzkausen berichtet Regina Labahn am 4. Dezember um 19:30 Uhr im Ratskeller über das Leben in der DDR-Diktatur, was sie in Hoheneck erleiden musste und über den Schock, dass die sofortige Ausreise 1986 damit verbunden war, dass ihre drei Kinder in der DDR bleiben mussten.

Als Zeitzeugin steht Regina Labahn stellvertretend für die 200.000 bis 300.000 politischen Gefangenen in der DDR. Genaue Statistiken gibt es nicht. Ihre Schilderungen zeigen, was allen drohte, die sich nicht mit dem DDR-Regime arrangieren wollten.

Wie sah der Alltag in Hoheneck aus? Wie kam es zur Freilassung? Was passierte nach dem Mauerfall? Das sind Fragen für den Bürgerstammtisch am 4. Dezember.

Der Bürgerstammtisch des Bürgervereins Metzkausen steht allen Einwohnern und Mitgliedern offen. Er findet stets am ersten Dienstag eines Monats statt

Ort: Ratskeller

Wollenhausweg 1

40822 Mettmann

Besucherangebot im Stasi-Unterlagen-Archiv

Erfurt, Di. 4. Dezember 2018, 14.30 – 17.30

Stasi raus – Es ist aus: „Die Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung Erfurt 1989“

Mutige Bürgerinnen und Bürger besetzten in der DDR am 4. Dezember 1989 die Erfurter Stasi-Zentrale als erste der 16 Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit. In Gedenken an die Ereignisse gibt es im Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt besondere Angebote. Der Vortrag „Besetzung der BV Erfurt und der Verteidigungszustand der Stasi auf dem Petersberg“ beleuchtet mithilfe von Berichten und Arbeitsanweisungen die Tage im Herbst 1989 aus dem Blickwinkel der Staatssicherheit. Der Film „Zivilcourage“ sowie das Zeitzeugeninterview mit der Bürgerrechtlerin Gabriele Stötzer gibt den Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit,

die Sichtweise der damals handelnden Bürgerbewegten die Ereignisse zu betrachten.

Besucher haben die Möglichkeit, einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen.

Ein gültiges Personaldokument ist notwendig.

Im Anschluss findet um 18 Uhr die Gedenkveranstaltung zur Besetzung der Stasi-Zentrale vor der Gedenktafel an der Mauer vor dem Eingang zur Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Kooperation mit der Stiftung Ettersberg statt.

Programm: 14.30 Uhr: Film „Zivilcourage“, Moderation:

Oda Maertens (BStU)

15.30 Uhr: Vortrag „Die Besetzung der Bezirksverwaltung Erfurt und der Verteidigungszustand der Stasi auf dem Petersberg“, Referent Thilo Günther (BStU)
16.00 Uhr: Zeitzeugeninterview mit Gabriele Stötzer, Moderation: Oda Maertens (BStU)
17.00 Uhr: Rundgang durchs Archiv

Der Eintritt ist frei.

Ort: BStU, Petersberg, Haus 19
99084 Erfurt

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Erfurt, Di. 04. Dezember 2018, 12.00 - 18.00

Bürgerberatungs- und Informationstag in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße
Die Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) bietet am Dienstag, dem 04. Dezember 2018 in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, dem ehemaligen Stasi-Gefängnis, allen Interessierten die Möglichkeit sich rund um das Thema Akteneinsicht beraten zu lassen und einen Antrag zu stellen. MitarbeiterInnen der Außenstelle erläutern die gesetzlichen Regelungen für die Akteneinsicht, z. B. wie der Zugang zu Stasi-Unterlagen zur eigenen Person oder zu verstorbenen nahen Angehörigen beantragt werden kann, ob man Kopien aus Unterlagen sowie die Klarnamen von inoffiziellen Mitarbeitern bekommen kann. Wer einen Antrag auf Einsichtnahme in Stasi-Unterlagen oder einen Wiederholungsantrag stellen möchte, wird gebeten, ein gültiges Personaldokument mitzubringen. Für interessierte Schulen oder andere Bildungseinrichtungen werden entsprechende Publikationen bereitgehalten. Über die Nutzung

von Stasi-Unterlagen für Forschung und Medien ist ebenfalls Informationsmaterial vorhanden.

Weiterhin ist ein Mitarbeiter des Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Beratungsinitiative SED-Unrecht) vor Ort. Dieser berät zu den Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und den daran geknüpften sozialen Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen. Der Zugang ist barrierefrei. Der Eintritt zur Bürgerberatung ist frei.

Ort: KUBUS der Stiftung Ettersberg –
Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße (ehem. Stasi-Gefängnis)
Andreasstraße 37 a
99084 Erfurt

Vortrag und Podiumsdiskussion

Berlin, Mi. 5. Dezember 2018, 18.00

**Zersetzungsmassnahmen der Staatssicherheit - Auswirkungen
und verwehrte Entschädigung heute**

Grußwort

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Begrüßung

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

Impulsreferat "Zersetzen. Strategie einer Diktatur"

Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin, Autorin

Im Anschluss Podiumsdiskussion mit:

Stefanie Knorr, Dipl.-Psychologin, Beratungsstelle "Gegenwind" für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur

(gesundheitliche Auswirkungen von Zersetzungsmaßnahmen)

Petra Morawe, LAKD Brandenburg, Referentin für Rehabilitierung und Entschädigung, Bürgerberatung

(Probleme bei der Rehabilitierung und Entschädigung von Zersetzungsmaßnahmen sowie mögliche Lösungswege)

Dr. Martin Morgner, Historiker, Schriftsteller

(in der DDR selbst von Zersetzungsmaßnahmen betroffen, Autor der Bücher

"Zersetzte Zeit 1973-84" und "Deckname 'Maske'. Die Künstlergemeinschaft Mecklenburg 1980/81")

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

(als politischer Häftling freigekauft, dann in Westberlin von Zersetzungsmaßnahmen des MfS betroffen)

Moderation: *Isabel Fannrich-Lautenschläger*, freie Journalistin

Mit der "Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge" gab das MfS ein

Instrumentarium verschiedenster Zersetzungsmaßnahmen vor, die sich tief und zerstörerisch im

privaten und beruflichen Leben der Betroffenen auswirkten. Die Richtlinie kam zur Anwendung z.B.

gegen oppositionelle Gruppen und Einzelpersonen, unangepasste Künstlerkreise oder die alternative

Umwelt- und Friedensbewegung. Die Folgen von Zersetzungsmaßnahmen setzen sich bis in die

Gegenwart fort, Betroffene leiden unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen und nicht zu kompensierenden materiellen Defiziten. Die derzeit theoretisch zur Verfügung stehende Möglichkeit einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung ist quasi nur symbolisch, da aus ihr zunächst keine Entschädigungsleistungen resultieren und eine Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden häufig verwehrt wird.

Am 19.10.2018 verabschiedete der Bundesrat eine "Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze" (Bundesrat, Drucksache 316/18 Beschluss). Mit dieser Entschließung wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert, nach Wegen zu suchen, Opfern von Zersetzungsmaßnahmen den Zugang zu Entschädigungsleistungen zu ermöglichen. Die UOKG-Veranstaltung soll das Anliegen dieser Bundesratsinitiative unterstützen und eine breitere Öffentlichkeit dafür schaffen.

Dort ist auch die Ausstellung "Einblick ins Geheime: Die Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv" untergebracht und kann vor Veranstaltungsbeginn besichtigt werden.

Sonderführung 16.45 Uhr -17.45 Uhr, Ausstellungsrundgang und Blick ins Archiv

Eine Veranstaltung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. in Kooperation mit der Behörde des

Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)
Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Ort: "Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie"

Haus 7, Raum 427

Ruschestra. 103

10365 Berlin

Veranstaltung im Ausstellungsprojekt

Berlin, Mi. 5. Dezember 2018, 18.00

„wildes wiederholen. material von unten“ – Künstlerische

Forschung im Archiv der DDR-Opposition:

„Umwelt, im erweiterten Sinne“

Gespräche, künstlerische Arbeiten und Archivlesungen

18.00 Uhr – Deponie. Ausstellungsgespräch mit Anna Zett

19.00 Uhr – Umwelt, im erweiterten Sinne. Gespräch zu politischen Umwelten,

zur Umweltbewegung der DDR, zu (materiellem, sprachlichem, ideologischem)

West- und Ostmüll, dem (Nach)Strahlen von Landschaften und Geschichte/n.

Mit Mareike Bernien & Alex Gerbaulet, Tim Eisenlohr, Sebastian Pflugbeil und

Anna Zett, moderiert von Suza Husse und Elske Rosenfeld.

Die DDR-Opposition gebrauchte den Begriff „Umwelt“ in einem erweiterten Sinne:

Umwelt waren nicht nur vor der dramatischen industriellen Verschmutzung zu

schützenden Biotope, Luft, Flüsse, Seen, Wälder, sondern auch ein gesellschaftliches

Umfeld, das in vieler Hinsicht durch eine repressive und tote Sprache, durch Überwachung

und Verbote vergiftet wurde und in dem es galt Freiräume zu schaffen. Wie lässt sich ein

solches Umweltverständnis mit gegenwärtigen Auffassungen um Ökologie und Gesellschaft

in Dialog setzen, die jenseits der binären Kategorien von Natur und Mensch agieren? War

die DDR-Opposition mit ihrem Umweltbegriff ihrer Zeit voraus? Was können wir aus ihrem

Selbstverständnis, ihren Aktivitäten und Schriften fürs Heute lernen? Was hieße es, die

Geschichte der DDR und ihrer Opposition insgesamt in Begriffen von Toxizität,

Kontaminierung,

(Nach)Strahlung zu denken?

Anna Zett setzt sich in ihrem Ausstellungsbeitrag "Deponie" mit der Festigkeit verbaler

Politik

und verbaler Aufzeichnung auseinander. In ihrer Videoinstallation dient ein Kiesberg als

Untergrund für persönlich-politische Parolen. Ein zweites Video setzt Aufnahmen aus den

späten 1980er Jahren assoziativ und narrativ miteinander in Bezug: Ausschnitte aus

Dokumentationen zu DDR-Mülldeponien und Umweltschäden, eine Lyriklesung,

Stasiübergänge

auf eine Demo, die Besetzung der Stasizentrale im September 1990.

Mareike Bernien und Alex Gerbaulet besuchen in ihrem Zine „Entlang der Silbersteinstraße,

eine Bildgeschichte nachstrahlender Landschaften“ die Landschaften und Archive des

ehemaligen

Uranabbaugebiets der Wismut AG in Sachsen. Ihr Beitrag zu „wildes wiederholen. material

von

unten“ bildet den Auftakt zu ihrer gemeinsamen Forschung zu Rohstoffabbau und

politischen

Umwelten, Strahlung und Geschichte.

Tim Eisenlohr begann sich mit 14 Jahren in der Berliner Umweltbibliothek zu engagieren und wurde während der Stasirazzia am 24. November 1987 verhaftet. Die Umweltbibliothek war ab 1986 ein wichtiges Zentrum der DDR-Opposition, sie versammelte Publikationen zu verschiedensten gesellschaftlichen Themen und diente nach dem Vorbild der polnischen „fliegenden Universitäten“ als Veranstaltungsraum und basisdemokratischer Treffpunkt. Eisenlohr engagiert sich heute als Zeitzeuge in Schulen und Bildungseinrichtungen und mit der von ihm mitgegründeten Grassrootsorganisation ResCO International in der internationalen Flüchtlingshilfe.

Sebastian Pflugbeil ist Physiker und engagierte sich in den 1980er Jahren in der DDR-Friedens- und Umweltbewegung – nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl insbesondere mit Problemen der Kernenergienutzung. Er war Mitbegründer des Neuen Forums und arbeitete 1989/90 am Runden Tisch und als Minister ohne Geschäftsbereich erfolgreich für den Ausstieg der DDR aus der Kernenergie – u.a. indem er mit illegal kopierten Geheimakten den Zustand der DDR-Kernkraftwerke offen legte. Er beschäftigt sich bis heute mit den Spätfolgen von Tschernobyl.

Die Ausstellung „wildes wiederholen. material von unten“ – Künstlerische Forschung im Archiv der DDR-Opposition im Archiv der DDR-Opposition ist an diesem Tag von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet.

AUSSTELLUNG

In einer Kooperation zwischen dem Kunstraum District Berlin und der Robert-Havemann-Gesellschaft

arbeiten und forschen die Künstler*innen und Autor*innen Mareike Bernien und Alex Gerbaulet,

Claude Gomis und Saskia Köbschall, Suza Husse und Maria Josephina Bengan Making, Ernest Ah

und Sabrina Saase und Lee Stevens vom Kollektiv der Raumerweiterungshalle, Henrike Naumann

und Technosekte, Peggy Piesche, Elske Rosenfeld, Nadia Tsulukidze, Anna Zett, Kai Ziegner in einem mehrmonatigen Arbeitsprozess im Archiv. Das Projekt geht mittels der besonderen Möglichkeiten künstlerisch-historischen Arbeitens der Aktualität von Erfahrungen oppositionellen

Lebens in der DDR auf die Spur und setzt sie mit Begriffen und Praktiken des Politischen heute in Dialog.

Für die Ausstellung sind so Performances, Videoarbeiten, Installationen und weitere, in Form von

Zines publizierte Beiträge entstanden, darunter eine Deponie für (materiellen, sprachlichen, ideologischen) West- und Ostmüll, eine Bildgeschichte verstrahlter Landschaften, eine Autobiographie politischer Gewalterfahrung 1988-2016, eine Suchbewegung zu queeren Poetiken des Widerstands in Dresden. Andere Beiträge widmen sich der Geschichte der DDR-Vertragsarbeiter*innen und dissidenten Solidaritäten oder re-inszenieren die Vielstimmigkeit lesbischer und nicht-binärer Wirklichkeiten. In einem fiktiven Piratensender wird das Archiv der DDR-Opposition ‚gegen den Strich‘ gehört und um die Stimmen des Widerstands von People of Color in der DDR ergänzt; ein Video beobachtet, wie drei Protagonist*innen daran scheitern, aus der Erfahrung des Runden Tisches einen Wahlwerbepspot zu machen. Eine Performerin sucht in den schwarzen Löchern des

Sozialismus nach Resonanzen zwischen Erfahrungen von Klaustrophobie, Dissidenz und Entfremdung.

Geöffnet vom 4. November bis zum 16. Dezember 2018

Archiv der DDR-Opposition (Haus 17)

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Ruschestraße 103, 10365 Berlin

Öffnungszeiten: montags, 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr und mittwochs, 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Öffnungszeiten: donnerstags bis samstags, 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr

Ort: District Berlin

Bessemerstraße 2-14

12103 Berlin-Tempelhof

Berlin, Mo. 10. Dezember 2018, 18.00 – 19.30

Aufarbeitung, Erinnerung und Menschenrechte in Russland

Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen in Russland seit einigen Jahren unter starkem politischem Druck – und mit ihnen die vielen Frauen und Männer, die unermüdlich weiter an der Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit arbeiten.

Eine Geschichtspolitik der imperialen Größe dient der Regierung zunehmend zur Legitimierung ihrer Macht und zur Glorifizierung der Heimat. Welche Rolle kommt dabei gesellschaftlichen Initiativen zu, die sich kritisch mit kommunistischen Verbrechen auseinandersetzen, die Opfer der kommunistischen Diktatur ehren und in den Dissidentenbewegungen Vorbilder für Freiheit und Demokratie sehen?

Wie sind die Aufarbeitung der Vergangenheit und die aktuelle

Menschenrechtssituation in Russland miteinander verknüpft?

Am Tag der Menschenrechte diskutieren darüber:

- Prof. Dr. Nicolas Werth, französischer Historiker und Sowjetunion-Experte,
- Jewgenija Kulakowa, die sich unter anderem bei „Memorial“ jahrelang in der russischen Aufarbeitung engagiert hat,
- der polnische Fotograf Tomasz Kizny, der sich künstlerisch mit dem sowjetischen Gulag auseinandersetzt.

Die Moderation übernimmt Tamina Kutscher, Chefredakteurin von dekode.org.

Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung

Veranstaltungssaal

Kronenstraße 5

10117 Berlin

Ausstellung

Kinderheime in der DDR

Erfurt, bis 27. Januar 2019

Durchgang – Spuren/Stimmen/Schritte aus dem Durchgangsheim Schmiedefeld
Knapp 1.500 Kinder und Jugendliche erlebten zwischen 1974 und 1987 im Durchgangsheim des DDR-Bezirktes Suhl zum Teil Monate lang Abgeschlossenheit, Ungewissheit über die eigene Zukunft, physische und psychische Gewalt. Für die Ausstellung hat Manfred May Spuren gesichert und Zeugnisse künstlerischer Bewältigung der prägenden Phase durch Betroffene zusammengeführt.

geöffnet Di. – Do. 12–20 Uhr, Fr. – So./Feiertage 10–18 Uhr.

Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

Andreasstraße 37a
99084 Erfurt

Ausstellung

Frankfurt (Oder), bis 13. Januar 2018

70 Jahre "Jahr der Heimkehr" - 20 Jahre

Ausstellung "Willkommen in der Heimat" in Frankfurt (Oder)

Rückblick und Perspektiven auf ein europäisches Ausstellungsthema
Die Sonderausstellung erinnert an ein Thema, das für das Land Brandenburg und ganz Deutschland von einschneidender Bedeutung war, aber auch die Geschichte gleich mehrerer europäischer Länder berührt. Gemeint ist das „Jahr der Heimkehr“ 1948, für das die endgültige Rückkehr sämtlicher deutscher Kriegsgefangener verkündet worden war und in dem das Land Brandenburg neben vielen anderen die gewaltige Aufgabe zu bewältigen hatte, die Rückkehr Hunderttausender zu organisieren. Der Stadt Frankfurt (Oder) kam dabei eine Schlüsselrolle zu, wurde doch der weit überwiegende Teil der in der Sowjetunion gefangenen Soldaten und Zivilisten – etwa 1,8 Million - hier in die Freiheit entlassen und betrat in der Oderstadt nach Jahren äußerster Entbehrungen zum ersten Mal wieder deutschen Boden. Die Sonderausstellung ergänzt die weiterhin bestehende Dauerausstellung, - zieht rückschauend Bilanz – und zeigt Perspektiven, wie der Themenkomplex Heimat, Heimkehr, Heimatverlust einerseits und Krieg, Kriegsgefangenschaft, Deportation andererseits zukünftig in einem europäischen Kontext präsentiert werden soll.

Zeitraum: 21.10.2018 bis 13.1.2019

Öffnungszeiten: Die u. Do 10.00-17.00 Uhr sowie nach Vereinbarung

Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte

„Opfer politischer Gewaltherrschaft“

Collegienstr. 20

15230 Frankfurt (Oder)

Berlin, Di. 11. Dezember 2018, 18.00

Gedenkveranstaltung für ULRICH SCHACHT [1951 - 2018]

An diesem Tag wollen wir mit Freunden und Weggefährten des viel zu früh verstorbenen, genialen Journalisten und wunderbaren Dichters gedenken. Ulrich Schacht wurde am 9. März 1951 im DDR-Frauengefängnis Hoheneck (Stollberg/Erzgebirge) geboren, wo seine Mutter aus politischen Gründen inhaftiert war. Er ist in Wismar aufgewachsen und studierte von 1970 bis 1973 Evangelische Theologie in Rostock und in Erfurt. 1973 wurde er wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt, 1976 in die BRD freigekauft. Von 1977 bis 1998 lebte er in Hamburg, studierte dort Politikwissenschaften und Philosophie. Er war von 1984 bis 1998 Journalist bei „Die Welt“ und „Welt am Sonntag“. Seit 1998 lebte er als freischaffender Autor und Publizist in Schweden.

Im Anschluss zum Jahresausklang besinnliches Beisammensein mit Musik, Punsch und Gebäck.

Ort: Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5-7
10178 Berlin

Buchvorstellung, Gespräch und Bilderausstellung

Potsdam, Mi. 12. Dezember 2018, 18.00

**Vertuschter Skandal – Die kontaminierte Anti-D-Prophylaxe
in der DDR 1978/79 und ihre Folgen**

In den Jahren 1978/79 erkrankten in der DDR mehrere tausend Frauen an Hepatitis C, weil ihnen nach einer Entbindung oder Fehlgeburt zur Anti-D-Immunglobulinprophylaxe ein verunreinigter Impfstoff verabreicht worden war. Das bei den betroffenen Frauen verwendete Anti-D-Immunglobulin wurde im Bezirksinstitut für Blutspende und Transfusionswesen in Halle/Saale aus Blutplasma hergestellt, für das der Verdacht bestand, dass Spender an einer Hepatitis erkrankt waren. Im Januar 1979 häuften sich Meldungen über Hepatitis-Erkrankungen bei Frauen, die eine Anti-D-Prophylaxe erhalten hatten. Daraufhin fand 1979 ein Geheimprozess statt, Betroffene und Öffentlichkeit wurden nicht informiert. Der Arzneimittelskandal wurde vertuscht. Unter den Folgen der Behandlung und des nachfolgenden Umgangs mit ihnen leiden die Frauen noch heute.

Prof. Dr. Florian Steger hat im Team mit Dr. Carolin Wiethoff und Dr. Maximilian Schochow die damaligen Ereignisse rekonstruiert und die Folgen für die Frauen und ihre Angehörigen analysiert. Das Buch „Vertuschter Skandal – Die kontaminierte Anti-D-Prophylaxe in der DDR 1978/1979 und ihre Folgen“ ist in der Studienreihe der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED Diktatur erschienen.

Begrüßung Dr. Maria Nooke
Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Vortrag Prof. Dr. Florian Steger
Universitätsprofessor und Direktor des Instituts
für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin
der Universität Ulm

Vorstellung „Deutscher Verein
Anti-D-HCV-Geschädigter e. V.“

Margit Papke Vereinsvorsitzende

Gespräch mit Prof. Dr. Steger,
Frau Papke und dem Publikum

Moderation Susanne Kschenka (LAKD)

Ausklang und Besichtigung der Ausstellung
bei Obst, Gebäck und Getränk

Bilderausstellung Im Rahmen der Arbeit des „Deutschen Vereins Anti-D-HCV-Geschädigter e. V.“ haben betroffene Frauen in zwei Wochenend- Workshops Bilder gemalt, die einen sehr persönlichen Einblick in ihr Leid und ihre individuellen Geschichten geben. Einige diese Bilder werden zur Veranstaltung zu sehen sein.

Unsere Gäste Prof. Dr. Florian Steger Seit 1. Juli 2016 Universitätsprofessor und Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Universität Ulm, zuvor und seit 2011 in gleicher Funktion am Institut für

Geschichte und Ethik der Medizin der Martin-Luther-Universität HalleWittenberg. Vorsitzender der Ethikkommission der Universität Ulm. 2014 Leibniz-Professor der Universität Leipzig. 2009-2014 Mitglied der Jungen Akademie an der BBAW und Leopoldina. 2008 Habilitation in Erlangen. 2003 Bayerischer Habilitationsförderpreis. 2002 Promotion in Bochum. Studium der Humanmedizin und der Klassischen Philologie sowie Geschichte. 2018 Medaille "Universitatis Lodziensis Amico" durch die Universität Łódź (Polen) und Honorarprofessor der Semmelweis Universität, Budapest (Ungarn). Arbeitsschwerpunkte: Antike Medizin und ihre Rezeption, Medizin und Künste, Fragen des Unrechts in einer politisierten Medizin, aktuelle ethische Fragestellungen in der Medizin. Margit Papke Vorsitzende des „Deutschen Vereins Anti-DHCV-Geschädigter e. V.“. Sie wird aus eigener Erfahrung die Folgen des Skandals und den langen Kampf um Anerkennung, Hilfe und Entschädigung schildern.

Ort: Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107 Haus 17
14473 Potsdam.